

Protokoll des
Attac-Herbst-Ratschlags 2008
vom 10. – 12. Oktober 2009
in Düsseldorf

Vorbemerkung

Der Ratschlag begann offiziell am Freitag Abend mit einem Bericht des KoKreises über seine Arbeit im vergangenen Jahr und einer Podiumsdiskussion mit Harald Schumann und Elmar Altvater zum Thema „Die Vierfach-Krise des Kapitalismus“, bei der es um die aktuell stattfindende Finanzmarkt-, Nahrungsmittel-, Energie und Klimakrise ging. Am Nachmittag fand bereits für Interessierte ein Workshop „Typo3 für Regionalgruppen“ statt, in dem das von Attac auf seiner Internetseite neu eingesetzte Content-Management-System Typo3 interessierten Webmastern aus den Regionalgruppen vorgestellt wurde. Außerdem fand, wie bei Herbstratschlägen, auf denen ein neuer Haushalt verabschiedet wird mittlerweile Tradition, mit allen Antragstellern von Finanzanträgen und Interessierten eine Vorbesprechung zum zu verabschiedenden Attac-Haushalt für das nächste Jahr statt.

Das Protokoll beginnt mit dem Hauptprogramm am Samstagmorgen

Tagesordnung

- 1. Podiums- und Plenumsdiskussion: Strategische Einordnung der Krisen in Attac**
- 2. Das komplette Bild**
- 3. Vorschläge an den Ratschlag**
- 4. Wahl von Rat und KoKreis**
- 5. Haushalt**
- 6. Sonstiges**

I. Samstag, 11. Oktober 2008

1. Podiums- und Plenumsdiskussion: Strategische Einordnung der Krisen in Attac

Unter Bezugnahme auf die Podiumsdiskussion vom Vorabend diskutierten Silke Ötsch (AG Finanzmärkte & Steuern), Chris Methmann (AG Globalisierung & Ökologie), Jutta Sundermann (Attac Agrarnetz) und Werner Rätz (AG Genug für Alle) verschiedene Aspekte der aktuellen Krisenlage auf dem Podium. [Thesepapiere der anderen drei Diskutanten liegen leider nicht vor]

Input von Werner Rätz (AG Genug für Alle):

Globale Soziale Rechte in Zeiten globaler kapitalistischer Krise

Der Kern des Konzepts Globaler Sozialer Rechte liegt darin, dass man Rechte nicht nur haben, sondern auch kriegen muss. Insofern handelt es sich um den Versuch, der anderen Welt, die möglich ist, unseren Alternativen also, schon jetzt ein Bild, ein Gesicht zu geben, indem wir positiv bestimmen, was das denn wäre, was uns und allen ganz konkret ein gutes Leben ermöglichen würde. Globale Soziale Rechte nehmen somit ein wenig den Platz ein, den einmal der Sozialismus hatte: Keiner weiß so ganz genau, was es ist (und wer es doch zu wissen vorgibt, macht sich des Dogmatismus verdächtig), aber alle finden's gut.

Das ermöglicht es, in mehrerlei Hinsicht über Widersprüchlichkeiten hinweg zusammenzukommen. Die Differenzen politischer Strömungen der Linken müssen nicht ausdiskutiert und geklärt werden, ehe unter einem solchen Konzept gemeinsame Forderungen und Aktionen möglich werden. Wir können die z. T. gegensätzlichen Interessen der Beteiligten, etwa von Illegalisierten und regulär Beschäftigten, erst einmal stehen lassen und uns auf ein gemeinsames Drittes beziehen. Globale Soziale Rechte nehmen ausdrücklich die Notwendigkeit des Nord-Süd-Ausgleichs in den Blick und vor allem betonen sie die Notwendigkeit, sich die Rechte, die man nicht bekommt, auch tatsächlich zu nehmen. Aneignung ist also ein ganz zentrales Moment eines solchen Konzepts.

Wie das funktioniert, zeigen uns gerade die Banken, Versicherungen und ähnliche kriminelle Vereinigungen. „Eine kleine Bank“, sagte einmal jemand, „kann man pleite gehen lassen. Eine große, an der das ganze System hängt, kann man nicht pleite gehen lassen, weil dann alles zusammenbrechen würde.“ Genau so funktioniert Aneignung und warum machen wir das eigentlich nicht auch so? Wenn erst einmal massenhaft die Leute sich holen würden, was sie brauchen, wäre Politik ein anderes Spiel. An dieser Stelle muss man dann einiges zur aktuellen Krise sagen.

Und das heißt als erstes, sich bewusst zu machen, wo und wie das Ganze beginnt. Die Standardfolklore ist, dass es eine Krise des Finanzkapitals ist und dass sie im Bankensektor ausgebrochen sei. Das ist beides nur auf den ersten Blick richtig, wenn man die Oberflächenerscheinungen des aktuellen Geschehens anschaut. Tatsächlich beginnt das Ganze viel früher und wir haben es in Attac auch letztlich immer so analysiert. Dafür müssen wir zurück in die erste Hälfte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Im Ölpreisschock wurde das erste große Symptom der aktuellen Krise sichtbar. Die ölproduzierenden Länder hatten durch die Preiserhöhung sehr viel Geld zur Verfügung und suchten profitable Anlage dafür. Der Schah von Persien etwa wollte 300 Mio. Ecu, also Europäische Rechnungseinheiten, in etwa das, was heute der Euro ist, damals eins

zu eins in Relation zum Dollar, bei Krupp investieren und stellte fest, dass der ganze Laden so viel nicht wert ist. Damit war das wirklich dringende und drängende Problem offenbar: Wohin mit dem vielen Geld?!

Die ganze Geschichte des Neoliberalismus ist von da an die Geschichte der Beantwortung dieser Frage: Was macht man mit riesigen Geldsummen, die sich nicht mehr in Kapital verwandeln lassen? Die haben damals Antworten gesucht und gefunden, die bis heute die Struktur der Weltwirtschaft prägen. Darauf komme ich zurück, vorher muss etwas Grundsätzliches geklärt werden.

Kapitalismus besteht im Kern darin, dass jemand Geld in ein Geschäft steckt und es nach Abschluss des Ganzen als mehr Geld zurückerhält. Dieses „Mehr“ ist das treibende, wenn nicht das einzige Motiv für wirtschaftliches Handeln im Kapitalismus. Damit es gelingt, sind bestimmte Voraussetzungen nötig. Marx hat im zweiten Band des Kapitals versucht darzulegen, wie dieser Reproduktionsprozess des Kapitals funktioniert, Rosa Luxemburg hat in „Die Akkumulation des Kapitals“ Probleme und Schwächen der marxschen Schemata bearbeitet. Aus beidem wird deutlich, dass ein Mehr-Werden des Kapitals, seine „Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter“, wie Marx das nennt, nur möglich ist, wenn die Instrumente, also die Produktionsmittel, mit denen in der nächsten Produktionsperiode das Wachstum realisiert werden soll, schon in der laufenden Periode hergestellt werden. Damit steht denen aber erst einmal keine Nachfrage gegenüber. Diese Nachfrage entsteht erst im kommenden Produktionszyklus – wenn der ganze Prozess gelingt. Gelingt er nicht, sitzen die kapitalistischen Produzenten auf ihren Produkten. Das ist ein systemischer Prozess, der wesentlich an der regelmäßigen Wiederkehr von Krisen im Kapitalismus beteiligt ist. Er ist prinzipiell in zwei Richtungen auflösbar, entweder indem Kapital vernichtet wird oder indem neue Nachfrage geschaffen wird. Beides wird regelmäßig gemacht.

In den sechziger, siebziger Jahren nun nimmt dieser Prozess eine neue Qualität an: Der Überhang an akkumuliertem Kapital wird so groß, dass weder Vernichtung noch künstlich geschaffene Nachfrage mehr ausreichen, ihn profitabel unterzubringen. Damit hat das Kapital seine spezielle Funktion verloren, es trägt keinen Profit mehr und ist zum bloßen Geld, zum reinen Schatz geworden. Und das ist der kapitalistische GAU. Dafür müssen Lösungen her. Sie wurden in den siebziger Jahren in verschiedene Richtungen gesucht, die dauerhaft erfolgreichsten bestanden darin, das überschüssige Geld in fiktives Kapital zu verwandeln.

Fiktives Kapital ist solches, das mehr wird, ohne zwischendurch den Weg durch die Produktion von Waren zu gehen, das heißt man leiht sein Geld einem Anderen, der es mit Zinsen zurückzahlen muss, ohne dass er diese Zinsen durch die Schaffung von neuem Wert verdienen könnte. Als Kreditnehmer traten damals erst einmal die Regierungen des Südens auf, die ihre Länder innerhalb kürzester Zeit in die erste Schuldenkrise trieben – 1982 war Mexiko pleite. Zweitens dehnte man die Funktion der Finanzmärkte so aus, dass dort immer mehr angebliche „Produkte“ handelbar wurden, die monetäre Ansprüche generierten, die erst einmal durch nichts gedeckt waren und sind. Wenn aus diesen Ansprüchen reale Zahlungen werden sollen, dann muss jemand sie begleichen. Das übernehmen oft die Staaten, die damit in eine immense Verschuldung geraten – alleine in den USA gegenwärtig ohne die Auswirkungen der aktuellen Krise über 10 Billionen \$. Aber auch Private spielen dabei eine Rolle, wie die Hypothekenkrise in den USA deutlich macht. Und auch für die Staatsverschuldung müssen letztlich die Menschen geradestehen, der Abbau des Sozialen, der Ausverkauf der öffentlichen Güter, die Zerstörung der Infrastruktur sprechen eine beredete Sprache.

Wenn man sich bewusst macht, dass dieser Prozess – überschüssige Produktion, der keine Nachfrage gegenübersteht und durch Schulden finanzierte Generierung von Ansprüchen – systematisch in der Struktur des Kapitalismus angelegt ist, dann es Unsinn, von so etwas wie einer „eigentlichen“ Funktion der Finanzmärkte zu sprechen. Was stimmt, ist, dass in Zeiten keynesianischer Regulierung Finanzmärkte im Wesentlichen Kredite für die Produktion zur Verfügung stellten. Heute sind sie der Ort, wo die Profitraten vorgegeben werden, die jedes Kapital versucht zu erzielen, und die damit die so genannte Realwirtschaft prägen. Die auf den Finanzmärkten zirkulierenden Summen sind in dieser Realwirtschaft entstanden und ihre Vernichtung betrifft auch diese. Die Geschichte des modernen Finanzkapitalismus oder wenn man so will des Neoliberalismus ist die Geschichte davon, wie der Ausbruch der Krise von Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre bis heute verschoben wurde. Das mag noch einmal für ein paar Jahre gelingen oder es kann auch schon dieses Mal das ganze Gebäude zusammenstürzen, vermeidbar ist der Zusammensturz nicht.

Das wissen auch die neoliberalen Regulierer. Sie stehen heute ebenso fassungslos vor dem Versagen ihres Regulationsmodells wie damals die Keynesianer vor dem des ihren und wer heute nicht stur „weiter so“ oder geschichtsblind „zurück zu Keynes“ ruft, empfiehlt durchwurschteln. Das aber geht nicht mehr. Tiefere, genauere Fragen sind angesagt, viel weiter gehende Brüche müssen angefasst werden. Attac muss und kann keine linksradikale Organisation werden, aber auch wir müssen Konsequenzen daraus ziehen, dass der Kapitalismus ein zutiefst krisenhaftes System ist, das nicht dauerhaft beherrschbar und regulierbar ist.

Für den Augenblick heißt das Folgendes:

1. Die Bemühungen aller Regierungen weltweit laufen auf die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Systems hinaus. Dabei soll der Staat eine entscheidende Rolle spielen, indem er Profite nicht nur sichert, sondern ihre Bezahlung direkt organisiert. Ein solches System kann nur gewaltsam funktionieren, Weltordnungskrieg ist sein integraler Bestandteil. Deshalb sind die Aktionen gegen das Instrument dieses Krieges, die Nato, im kommenden April in Straßburg und Kehl ein zentrales Ereignis, zu dem wir breit mobilisieren müssen.
2. Selbst wenn ein neues, selbsttragendes Wachstum des kapitalistischen Systems möglich wäre – was ich bezweifle – dann wäre es angesichts von peak oil, Klimakatastrophe und Agrarexportmodell der industrialisierten Landwirtschaft nichts, was wir wollen könnten. Die Ökologiefrage erzwingt Lösungen außerhalb der Wachstumsdynamik.
3. Es ist nicht falsch, das Funktionieren der Ökonomie sicherzustellen – ohne funktionierendes Geld und arbeitsteilige Wirtschaft ist unser aller tägliches Leben in Frage gestellt. Deshalb sind auch unsere bisherigen Regulierungsvorschläge nicht falsch, aber sie allein reichen nicht aus. Eingriffe in den ökonomischen Ablauf müssen auch an der Stelle ansetzen, wo die Krise ihre Ursachen hat, sie müssen also antisystemischen Charakter haben, auch wenn klar ist, dass sie den Kapitalismus heute nicht abschaffen werden. Zentraler Punkt für eine solche Intervention ist die Garantie des Sozialen. So wie Merkel sagt, wir garantieren die Sparguthaben, so müssen wir sagen, wir wollen eine Garantie der gesamten gesellschaftlichen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und wir wollen sie aus dem bestehenden und immer wieder neu geschaffenen Reichtum, ehe er in die Hände von Anlegern und auf die Finanzmärkte wandert: Aus allen Einkommen und vor allem allen Unternehmensgewinnen muss eine umfassende materielle Sicherung für alle gewährleistet werden. Das muss jetzt geschehen. Und dafür ist es sicher hilfreich, wenn wir Wege finden, wie massenhafte Aneignung des Nötigen praktiziert werden könnte. Ich habe keine Vorschläge, wie das genau zu machen wäre, darüber müssen wir

miteinander und mit vielen reden, aber wir sollten von den Banken lernen und unsere Ansprüche nicht zu bescheiden gestalten!

Anschließend gab es zahlreiche Wortmeldungen aus dem Publikum:

Peter Strotmann (Redaktion Sand im Getriebe):

Die Lage sei ernst und müsse grundsätzlich angegangen werden. Walden Bello fasse die Lage in einem Artikel gut zusammen, die in der neuen Nummer von „Sand im Getriebe“ übersetzt und abdruckt ist. Man dürfe nicht nur Regulierungen fordern – Attac oder auch das WSF müssten neu definiert werden. Grundübel sei die Kapitalakkumulation. Jetzt stelle sich die Frage nach den tagespolitischen Konsequenzen. Man müsse kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven definieren und verbinden und den Mut haben, das Übel des Kapitalismus abzuschaffen.

Lony Ackermann (Attac Berlin):

Attac erreicht die Menschen auf der Straße nicht. Das Casino-Bild sei missverständlich, stattdessen sollten wir Schluss mit den Börsen weltweit fordern.

Ein Mensch (Attac Darmstadt):

Merkt zu dem Beitrag von Chris Methmann an, dass in die industrielle Landwirtschaft zehn Mal mehr Energie investiert als Ertrag rausgezogen werde. Auch das sollte Thema sein.

Peter Behrendt:

Will von Jutta Sundermann wissen, warum die Produzenten ausgebeutet und die Preise trotzdem teurer werden?

Dorothea Haerlin (Attac Berlin):

Appelliert an alle, zusammen nachzudenken, wie wir aus der Krisenfalle rauskommen. Die Krisenbegrifflichkeit werde von der Gegenseite definiert. Wir müssten Zusammenhänge vermitteln können, kurz und präzise. Wichtig sei jetzt, öffentlich Fragen zu formulieren. Dazu müssten wir noch keine Antworten haben und sollten das auch nicht behaupten. Wir sollten uns davor hüten, keine kurzfristigen und falschen Lösungen anzubieten. Sie schlägt vorm bei den gewaltigen Schulden anzusetzen.

Roland Klautke (AG Soziale Sicherheit):

Casinobegriff und Regulierungsvorschläge griffen zu kurz, seien nur Symptomkritik. Es handle sich aber um eine systemisch-kapitalistische Krise – wie sollten uns daher weder den Begriff der Finanzindustrie noch der Spekulanten/ Heuschrecken aneignen. Wesentlich sei, den gesellschaftlichen Reichtum und die Daseinsvorsorge wiederanzueignen, z.B. Themen wie Riester-Rente und ähnliches erneut aufzugreifen.

Barbara Fuchs (Attac Berlin):

Ergänzt, dass die aktuelle Situation auch zu mehr kriegerischen Auseinandersetzungen führe. Attac verstehe sich als Teil der Friedensbewegung und sollte diesem Aspekt deshalb inhaltlich wieder mehr Gewicht zumessen und sich eindeutig zu Krieg und Besatzung positionieren. Attac habe in den letzten Monaten sehr zögerlich z.B. auf Afghanistanfrage reagiert. Wichtig sei die Nato-Mobilisierung im nächsten Jahr.

Sabine Leidig (Geschäftsführung Attac Bundesbüro):

Auch bei Attac sei die Systemkritik am Kapitalismus von Anfang an fester Bestandteil und werde kontinuierlich weiterentwickelt. Wichtig sei, innerhalb der Systemkritik alle mitzunehmen, d.h. keine zu festen Antworten vorzugeben. Sie appelliert, diese Offenheit fortzuführen. Wir dürften von Krisen reden, denn sie werden als solche wahrgenommen und empfunden. Das System sei in der Krise und Attac bei dieser Analyse weiter als andere Akteure.

Sie zieht Vorschläge in Zweifel, der Krise des Sozialen mit Wiederaneignung zu begegnen, da dies praktisch nicht umsetzbar sei. Die Krise sei eine Chance, über die Frage „Wer soll das bezahlen?“ wieder enger mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Sie warnte davor, Nischenideen auszubauen.

Stephan Lindner (Attac Berlin):

Um Alternativen umzusetzen, brauchen wir auch Strukturen. Den Diskursen (wie z.B. um Globale Soziale Rechte) fehlen meist Vorschläge für alternative Strukturen. Dies gilt nicht nur hinsichtlich unserer Forderungen, sondern auch hinsichtlich unserer eigenen politischen Handlungsfähigkeit als Attac in schnelllebigen Situationen wie diesen. Selbstkritik: Warum haben wir nach 10 Jahren Arbeit jetzt keine besseren Konzepte? Warum haben wir derzeit nicht die Mobilisierungsfähigkeit, die wir uns wünschen würden?

Stephan Schilling (AG Finanzmärkte):

Die Selbstkritik sei zwar im Prinzip richtig, so schlecht seien wir aber auch nicht aufgestellt.

Drei Punkte:

- 1) Wir müssen uns dafür einsetzen, dass den Banken etc. nicht das Geld in den Rachen geworfen wird. Dafür: Bündnis mit Gewerkschaften suchen.
- 2) Wir brauchen konkrete Forderungen, welche Regulierungen kurz- und mittelfristig nötig sind. Dies dürften wir nicht der Politik überlassen, sondern dafür müssten wir mobilisieren.
- 3) Noch Arbeit nötig: Welche grundsätzlichen und langfristigen Alternativen? Kapitalismuskongress nächstes Jahr ist wichtiger Schritt. Diese Ebenen und Vorschläge nicht gegeneinander ausspielen.

Detlev von Larcher (AG Finanzmärkte):

Wenn unsere Forderungen umgesetzt würden, wäre die Macht der Finanzmärkte gebrochen Die Wirtschaft bekommt dann ein anderes Gesicht → Unsere Forderungen sind nicht nur schnöde Regulierungen. Wir müssen die Menschen mitnehmen und für unsere Forderungen begeistern.

Ein Mensch (Attac Hannover):

- 1) Vor dieser Krise haben wir von Anfang an gewarnt – ist eine Bestätigung für unsere Organisation.
- 2) Wir sollten uns nicht unter Wert verkaufen, wir seien auf der Höhe der Zeit. Wir müssten die Dualität überwinden zwischen den Menschen, die den Kapitalismus verbessern und jenen, die ihn überwinden wollten.
- 3) Wir müssten unsere pluralistischen Strukturen erhalten, um unterscheidbar zu bleiben.

Ein Mensch:

Bündnisse seinen Inspiration für unsere Arbeit – außerdem sollte man auch mal das Kapital lesen. Wir sollten uns nicht von den Medien in unseren Erklärungen und Forderungen einengen lassen. Erarbeitung der Themen in Arbeitsgruppen berge die Gefahr, das Verbindende zu verpassen.

Marie-Dominique Vernhes (Redaktion Sand im Getriebe):

Fragt, wer unsere Forderungen mittrage? Wir sollten nicht nur symbolische Aktionen machen, sondern selber konkrete Alternativen und Strukturen realisieren. Sozialforen seien wichtige Möglichkeiten, Bündnisse und öffentliche Diskurse mit vielen zusammen in Gang zu setzen.

Horst ?? (AG Finanzmärkte):

Macht als Vorschlag für eine konkrete Aktion die dümmsten Wirtschaftssprüche zu prämiieren, z.B. den des Chefredakteurs der Zeit: Der Staat habe Schuld, dass das Kapital rumvagabundiere, daher solle der Staat auch zahlen. Wir sollten offensive Medienkritik betreiben.

Zum Abschluss dieses Teils erhielten wieder die Podiumsteilnehmer das Wort.

Frage ans Podium: Wie schaffen wir es, aus konkreten Forderungen auch Richtungsforderungen machen zu können, wo Attac hin möchte? Schaffen wir das unter dem Dach Globale Soziale Rechte oder welche anderen Möglichkeiten fallen uns ein, neue konkrete Strukturen zu schaffen?

Werner Rätz (AG Genug für alle):

Widerspricht der These, dass grundsätzliche Kritik die Gefahr berge, Menschen zurückzulassen. Wir sollten uns orientieren, wo wir eigentlich stehen und von wo sind wir aufgebrochen sind. Zu den Fragen bezüglich des Diskurskonzepts Globale Soziale Rechte (GSR) und sich daraus ergebenden konkreten Praxen der Wiederaneignung merkt er an: Wir hätten noch keine konkreten Antworten, halte das Konzept aber grundsätzlich für realisierbar. Die aktuelle Lage sei, dass die Menschen Angst hätten, dass der Staat nicht mehr ihr Geld und damit ihre Existenz sichern könne. Das müsse man überall als Ausgangspunkt für Diskussionen nehmen, wie wir uns den gesellschaftlichen Reichtum wiederholen können. Es gebe auch konkrete Vorstellungen, diese müssten sich aber erst verbreiten und auf Zustimmung stoßen.

Jutta Sundermann (Attac Agrarnetz):

Antwort auf die Frage von Peter: Die Gewinne der hohen Ressourcenpreise würden bei den Händlern und Investoren landen, nicht bei den Produzenten. Zu längerfristigen Perspektiven: Kapitalismuskongress ist der Ort der größeren Frage. Darüberhinaus haben wir aber auch viele konkrete Forderungen, die wir verfolgen können und müssen.

Chris Methmann (AG Globalisierung und Ökologie):

- 1) Wir dürfen nicht zu sehr Diskussionen, die uns selbstverständlich scheinen, nach draußen tragen – sonst bestehe die Gefahr, dass die Menschen unsere Analysen noch nicht so leicht mit verfolgen könnten.
- 2) Aktuelle Entwicklungen auf den Finanzmärkten hätten eine wichtige Bedeutung für alle Themenfelder, die wir bearbeiten – wir sollten uns deshalb darauf konzentrieren.

Silke Ötsch (AG Finanzmärkte und Steuern): Wir seien in einer Umbruchsituation, Politiker machten platten Populismus, sonderten aber nur Worthülsen ab. Unsere Forderungen meinten aber etwas anderes – wir müssten den Menschen erklären, wie Finanzmärkte funktionieren, damit sie nicht auf die Mainstream-Aussagen reinfallen. Jetzt gelte es das Window of Opportunity zu nutzen, schnell nachzusetzen und dabei den Mut zu haben, konkrete (Regulierungs-) Forderungen ins Spiel zu bringen, damit echte Veränderungen befördert würden.

Werner Rätz (AG Genug für alle): Soziale Frage beiseite zu schieben, weil es sich um eine langwierige Grundsatzdiskussion handele, sei nur vorgeschoben. Es gebe ganz konkrete Möglichkeiten, kapitalismuskritische Wiederaneignung zu fordern und durchzuführen.

Anschließend teilten sich die Teilnehmer bis zum Mittagessen für gut eine Stunde auf folgende Workshops auf, um die unterschiedlichen Teilaspekte der Krise in Arbeitsgruppen zu diskutieren:

- Die Finanzmarktkrise
- Die globale Energiekrise
- Hungerkrise – kein Ende in Sicht
- Globale Soziale Rechte (Strategischer Wert) und
- Globale Soziale Rechte (Aktivierende Befragung)

Mittagspause

2. Das komplette Bild

Bevor im folgenden Berichte über vergangene Aktivitäten gehört und einige Stimmungsbilder und Abstimmungen zu künftigen Aktivitäten eingeholt wurden, führte das Moderationsteam alle Anwesenden in das Konsensprinzip ein.

Anschließend stellten Johanna Schreiber und Jutta Sundermann, beide Mitglieder im Attac Koordinierungskreis, mit einer bilderreichen Powerpoint-Präsentation Verlauf und Ergebnisse der ersten Europäischen Attac Sommeruniversität (ESU) vor, die vom 1.-6. August 2008 in Saarbrücken stattfand (siehe Anlage 1).

Danach stellten Dorothea Härlin (Attac Berlin) und Sabine Leidig (Attac Geschäftsführerin) mit dem Türkei Wasserprojekt eine konkrete Initiative vor, die auf die ESU initiiert wurde.



Im Anschluss daran führte das Attac Jugendnetzwerk Noya einen Sketch über die Attac-Arbeit auf, stellte in einer bilderreichen Powerpoint-Präsentation seine Arbeit des letzten Jahres vor (siehe Anlage 2) und gab einen Ausblick zu geplanten Aktivitäten im nächsten Jahr.

Anschließend wurde der von Noya eingebrachte Antrag zur Abstimmung gestellt, weiterhin einen Platz im KoKreis zu haben:

Beschluss zu Antrag:

Noya soll einen Sitz im Attac Koordinierungskreis behalten.

Stimmungsbild: sehr positiv

Ergebnis: Antrag im **Konsens angenommen**

Dann stellte Stephan Schilling (KoKreis) den aktuellen Planungsstand bei der Vorbereitung des im nächsten Frühjahr geplanten Kapitalismuskongresses vor.

Anschließend stellt Detlev von Larcher (AG Finanzmarkt und Steuer und KoKreis) die geplanten Projekte der Casino-Crew zur Finanzmarktkrise vor.

Danach wird der vom KoKreis eingebrachte Antrag behandelt, Frühjahrsratschlag und Sommerakademie 2009 zusammenzulegen.

Es wird vorgeschlagen:

„Damit die personellen und finanziellen Ressourcen von Attac gebündelt und kraftvoll eingesetzt werden können, wird der Frühjahrsratschlag in die Sommerakademie 2009 integriert.“

Bei der anschließenden Diskussion werden

als Pro-Argumente werden angeführt:

- Im Frühjahr finden mit dem Kapitalismuskongress und McPlanet.com bereits zwei große politische Kongresse statt.
- Im Zusammenhang mit 60 Jahre NATO sind für April umfangreiche Aktivitäten mit Camp, Demo und Gegengipfel geplant.
- Bisher sei es bei den Frühjahrsratschlägen immer das Problem gewesen, ob genug Leute kämen.
- Außerdem sein dann mehr Zeit für regionale Zusammenkünfte
- Die Kosten für die Anreise würden gespart
- Es habe bereits positive Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Ratschlag und Sommerakademie in Fulda gegeben.
- Es gäbe keine ausreichenden Kapazitäten für die Vorbereitung.

als Contra-Argumente werden vorgebracht:

3. Zwei wichtige Veranstaltung könnten zusammengestaucht werden
4. Der Tendenz, den Frühjahrsratschlag abzuschaffen, muss entgegengewirkt werden
5. Wir brauchen mehr Zeit für unsere Debatten
6. Demokratie ist zwar anstrengend, für Konsense auf Bundesebene seien die Ratschläge aber notwendig

Das nach der Diskussion zu dem Vorschlag erstellte Stimmungsbild ergibt zwölf rote Karten. Das Stimmungsbild zu dem Gegenvorschlag, Ratschlag und Sommerakademie getrennt durchzuführen, fällt eindeutig negativ aus.

Der Vorschlag wird um folgenden Zusatz ergänzt:

„Die gemeinsame Veranstaltung wird um zwei Tage verlängert, damit genügend Raum für einen vollständigen Ratschlag da ist.“

Das Stimmungsbild ergibt zehn rote Karten.

Daraufhin wird eine Konsensgruppe eingerichtet, die bis zum nächsten Tag zu einem Ergebnis kommen soll.

Im Anschluss wird der Trailer des auch von Attac unterstützten Films *Let's make money* gezeigt (<http://www.youtube.com/watch?v=6E6M3Wsyhro>).

Anschließend informiert Pedram Shahyar über den Stand der Vorbereitungen zu den Protesten anlässlich des nächsten G8-Gipfels, der 2009 in Italien stattfinden soll.

Roland Süß (KoKreis) informiert über den Vorbereitungsstand der Protestaktivitäten zum 60. Jahrestag der Gründung der NATO:

Die NATO wird 60

Mit großem Pomp will sie dieses Ereignis am 3. u. 4. April in Straßburg und Kehl, auf beiden Seiten des Rheins, mit Festveranstaltungen wie Volksfesten und Paraden feiern und nebenbei, auf dem NATO-Gipfel, ein neues strategisches NATO-Konzept diskutieren oder gar verabschieden.

Doch dagegen formiert sich Widerspruch. da gibt es nichts zu feiern!

Die NATO hat sich spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem aggressiven Militärbündnis entwickelt. Sie führt aus strategischen Gründen und Rohstoffinteressen Krieg.

Der jüngste Konflikt im Kaukasus um Georgien und die Diskussion um deren NATO-Mitgliedschaft haben es wieder deutlich gemacht:

Die Ausweitung der NATO nach Osteuropa dient der Eindämmung der Weltmarktkonkurrenz gegenüber Ländern wie China und Russland sowie der Rohstoffsicherung.

Das Thema NATO geht weit über rein militärische Aspekte hinaus.

Schon in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ hatte Brzezinski auf die geostrategischen Interessen im Kaukasus und auf den Zusammenhang von NATO und den internationalen Finanzinstitutionen als Instrument zur Absicherung von Vorherrschaft hingewiesen.

Die Aufgabe der NATO besteht heute vor allem darin, die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und die militärische Absicherung des Zugangs zu strategischen Rohstoffen und der Versorgungswege, mit militärischen Mitteln, zu sichern. Es geht der NATO also um die militärische Durchsetzung ökonomischer und geostrategischer Interessen.

Die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Interessen und Krieg, zwischen Frieden und Gerechtigkeit sind Themen die Attac auf den Leib geschrieben sind. Frieden ist letztendlich ohne eine gerechte Weltwirtschaftsordnung nicht zu haben.

In den letzten Monaten fanden verschiedene nationale und internationale Treffen statt. Mit dem Ziel ein breites internationales Bündnis, gegen die Feierlichkeiten und gegen die NATO zu schmieden. Auf dem Europäischen Sozialforum in Malmö wurde das Thema diskutiert. Auf dem Welt-Sozial-Forum in Belém in Brasilien wird ein Vorschlag eingebracht, den 4. April 2009 zum Internationalen Aktionstag gegen die NATO zu erklären

Unter dem Motto „Nein zum Krieg – Nein zur NATO“ wurde am letzten Wochenende, auf einer internationalen Vorbereitungskonferenz, auf der Vertreterinnen und Vertreter aus 16 Ländern Europas anwesend waren, zu gemeinsamen Aktionen aufgerufen

Die geplanten Aktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels bestehen aus einer

- Demonstration in Straßburg am Samstag, den 4. April
- Eine internationale Konferenz soll Gegenpositionen und Alternativen aufzeigen
- Aktionen des zivilen Ungehorsams,
- Sowie ein internationale Camps ist geplant.

Ebenso eine internationale Aktionskonferenz für den 14. u. 15. Februar in Straßburg.

Vieles von dem erinnert an die G8 Aktivitäten in Heiligendamm. An vielen Erfahrungen und Strukturen kann angeknüpft werden.

In den letzten Monaten wurden nationale und internationale Strukturen zur Vorbereitung geschaffen In Attac ist eine Projektgruppe im entstehen, erste Aktivitäten sind geplant. Wie ein Workshop- Wochenende für den 10. – 11. Januar 2009. Der Workshop soll dazu dienen Attac-spezifische Themen und deren Bezug zur NATO zu diskutieren und hierzu Positionen zu erarbeiten. Er soll somit einen Beitrag für die Mobilisierung gegen die NATO-Feierlichkeiten leisten. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe und einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch Ländern wie China Indien und Russland könnte das Thema Ressourcen-Sicherung durch die NATO für Attac ein zentrales Thema sein.

Uns stellen sich heute zwei Fragen die wir diskutieren sollten:

1. Welchen Stellenwert hat dieses Ereignis für Attac?
2. Was sind unsere Attac-spezifischen Schwerpunkte in der Auseinandersetzung mit der NATO?

Chris Methmann (AG Globalisierung und Ökologie und KoKreis) stellt danach einen Antrag der AG Gruppenunterstützung des Rates vor.

Massive Attack on passive Attac – mehr Power vor Ort für eine andere Welt

Antrag der AG Gruppenunterstützung des Rates zur Schaffung einer Stelle zur Aktivierung und Neugründung von örtlichen Gruppen

Warum wir glauben, dass was getan werden muss

Attac kann auf die Unterstützungs- und Interessensbekundungen von mehreren 10.000 Menschen zurückgreifen. In Hochphasen gab es ca. 120 aktive Regionalgruppen und viele engagierte Mitglieder,

die die bundesweiten AGs und eine Anzahl von erfolgreichen Kampagnen belebten. Attac lebt von der Beteiligung Ehrenamtlicher, man kann sagen Attac **ist** ehrenamtliches Engagement.

Doch zum einen sind die Themen und Auseinandersetzungen komplexer geworden (unsere Kritik am Neoliberalismus ist im „Mainstream“ angekommen) und zum Anderen erfordert längerfristige Zusammenarbeit mehr methodische und soziale Kompetenz in den Gruppen.

Eine Antwort auf die veränderte politische Großwetterlage ist, dass sich Attac nicht mehr auf das „produktive Nein“ der alten Globalisierungskritik verlässt, sondern selbst mit mutigen Forderungen in die Offensive geht. Eine solche Herangehensweise, die sich nicht nur an der kurzfristigen Logik politischer Skandalisierung abarbeitet, sondern langfristig eine eigene Agenda setzt, ist anspruchsvoll und nicht per se attraktiv für neue Leute.

Weil wir nicht wollen, dass Attac mittelfristig zur NGO wird, schlagen wir vor, ein Projekt zu starten, mit dem örtliche Gruppen gestärkt und (wieder-)belebt werden sollen.

Was haben wir vor

Es geht uns nicht darum, in laufende und bestehende Gruppen, Netzwerke und Prozesse einzugreifen und Ihnen „von außen“ etwas überzustülpen. Es geht uns darum, Neues anzustoßen und mehr Kraft für gesellschaftliche Veränderung zu entfalten, indem wir das Potential von Attac besser ausschöpfen.

Projektgruppen vor Ort initiieren:

Rund um die aktuellen Krisenthemen (Ernährung / Energie und Klima / Finanzmärkte) und die Auseinandersetzungen um globale soziale Rechte gibt es Stoff genug, um vor Ort die Gründung oder Wiederbelebung von aktiven Gruppen anzustoßen. Dafür soll – zunächst nur für 1 Jahr - eine halbe hauptamtliche Projektstelle eingerichtet werden, mit folgenden Aufgaben:

- zusammen mit der AG Gruppen und dem Büroteam inhaltliche Angebote für örtliche Projekte formulieren und geeignete Orte dafür ausfindig machen.
- Vor Ort Interessierte (und ehemals Aktive) suchen, die mitmachen.
- Eine inhaltliche Veranstaltung vorbereiten und organisieren, bei der möglichst viele Interessierte zusammenkommen.
- Eine zweite Veranstaltung organisieren/begleiten, bei der sich die neue örtliche Gruppe konstituiert.
- Den Kontakt halten und dafür sorgen, dass die frisch geschlüpfte Gruppe von (ehrenamtlichen) PatInnen unterstützt und gut an bundesweite Aktivitäten zu den relevanten Themen angebunden wird.

Gruppen-Unterstützungs-Team etablieren:

Durch ein Team von ehrenamtlichen GruppenunterstützerInnen, die mit dem Büroteam zusammen arbeiten, sollen bestehende Gruppen und AGs gestärkt und unterstützt werden...

- ... durch gezielte Hilfestellung
Z.B. mit einer neuen Runde der „Gruppenunterstützung on tour“, die wichtige Themen und Methoden vermittelt; durch ein PatInnensystem, das Gruppen auch längerfristig begleiten kann; durch das Angebot von externer Moderation, die hilft, Probleme zu thematisieren und Lösungen zu erarbeiten; durch ein ehrenamtliches „Ombudsgremium“, dass in Streitfällen schlichten kann; durch die Vermittlung von Mediation
- ... durch Unterstützung von Vernetzung
Denkbar wären z.B. ein Prakti-Netzwerk, das die vielen PraktikantInnen, die Attac verbunden bleiben würden, informiert und einbindet; Vernetzung von Ortsgruppen untereinander (Vorbild Ostnetz oder NRW); Datenpflege der AnsprechpartnerInnen in den Gruppen (Homepage, Gruppenliste); Verbindung mit den „attacademie“-Projekten
- ... durch die Entwicklung einer „Kultur der Anerkennung“

Angebote zur Beteiligung an Attac-Kampagnen und -projekten ausbauen

Durch die Professionalisierung der Kampagnen- und Aktionsunterstützung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Gruppen deutlich besser in bundesweite Kampagnen einzubinden und neue Motivation zu schaffen. Diese Ansätze, die Kooperation von örtlichen und bundesweiten Gruppen beinhalten, oder Angebote, die es auch kleinen Gruppen möglich machen, ohne viel Aufwand aktiv zu sein, sollen weiter gestärkt werden.

„Empowerment“ durch bessere Bildungsarbeit

... soll individuelle Kompetenzen fördern und Qualität entwickeln.

Das haben wir schon: Attac-Sommerakademie (niedrigschwelliges Angebot + Vertiefung + Austausch); Attac-Aktionsakademie (gezielte Entwicklung von Aktionsfähigkeit); Attacademie.1/2/3/... (Qualifizierungsangebot für BewegungsaktivistInnen); ReferentInnen-Vermittlung.

Das haben wir (noch) nicht: Regelmäßige „Gruppenunterstützung on tour“ (methodische Angebote); ReferentInnen-Schulungen; Frauen-Seminare; Gute Verzahnung mit dem wissenschaftlichen Beirat...

Wie soll das funktionieren?

- 1) Für die Projektstelle zur Gründung örtlicher Gruppen wollen wir Drittmittel beantragen, um die

Themen Ernährung/Entwicklung/Klima/Energie/Finanzmärkte/Globale soziale Rechte öffentlichkeitswirksam zu bearbeiten.

- 2) Bis zur Bewilligung der Drittmittel soll eine Zwischenlösung die nötigen finanziellen Mittel für eine halbe Stelle schaffen. Dazu ist es nötig, einen Anteil aus dem „Gruppenaktionstopf“ (16.000€, entspricht 50% des Topfes.), der bisher regelmäßig maximal zu 50% ausgeschöpft worden ist, verwenden (s. auch Vorschlag der Finanz-AG zum Haushalt). Diese Regelung würde maximal ein Jahr gelten, denn wir hoffen ja, dass durch mehr aktive Gruppen der Topf auch wieder stärker abgefragt wird.

Dieser Vorschlag ist in Büro-AG und Finanz-AG abgestimmt.

Wir bitten den Ratschlag, die notwendigen 16.000 Euro für ein Jahr aus dem Gruppenaktionstopf für unser Projekt zu bewilligen. Wir meinen, dass wir so die Hälfte der Mittel aus dem Gruppentopf sehr gezielt für die Gruppen und damit für die Lebendigkeit des gesamten Netzwerks Attac einsetzen. Die Entnahme von Geldern aus dem Gruppentopf ist zeitlich befristet für 2009 und sie treibt die Gesamtausgaben in unserem Haushalt nicht nach oben.

Da es sich bei diesem Antrag um einen Finanzantrag handelt, wird er vorläufig nur vorgestellt, aber noch nicht behandelt.

Danach stellt Jutta Sundermann (Attac Agrarnetz und KoKreis) Aktivitäten zum Thema Nahrungsmittel vor.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes weist Hugo Braun (KoKreis) auf einige für Attac wichtige politische Termine hin und präsentiert die bisher feststehenden Termine für die Jahresplanung in Form eines Zeitstrahls.

2009 - aus dem Wikipedia-Terminplan

Politik

- 1. Januar: Inkrafttreten des deutschen Personenstandsrechtsreformgesetz,
- 1. Januar: Tschechien übernimmt für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft.
- 1. Januar: Die Slowakei führt als 16. EU-Land den Euro ein.
- 1. Januar: Die Abgeltungssteuer tritt in Kraft.
- 20. Januar: Vereidigung des am 4. November 2008 gewählten US-Präsidenten.
- 23. Mai: Zusammentritt der Bundesversammlung, Wahl des deutschen Bundespräsidenten.
- 1. Juli: Schweden übernimmt für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft.
- 9./10. November: 20-Jahr-Jubiläum des Mauerfalls.

Die Bundesrepublik Deutschland begeht ihr 60-jähriges Bestehen mit folgenden Jahrestagen:

- 23. Mai: Verkündung des Grundgesetzes.
- 7. September: Konstituierung des 1. Deutschen Bundestages und des Bundesrates.
- 12. September: Wahl des ersten Bundespräsidenten.
- 15. September: Wahl des ersten Bundeskanzlers.

Wahlen

- Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und dem Saarland.
- Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.
- 23. Mai: Wahl des Bundespräsidenten in Deutschland
- 11.-13. Juni: Neuwahl des Europäischen Parlaments
- September oder Oktober: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag.

Religiöse Anlässe

- 20.-24. Mai: 32. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Bremen

Auf dem Weg zu einem Jahresplan für Attac 2009



3. Vorschläge an den Ratschlag

Aufbauend auf den Erörterungen im vorangegangenen Tagesordnungspunkt wurden dann Stimmungsbilder zu den Anregungen bezüglich der Attac-Aktivitäten im nächsten Jahr eingeholt.

- Finanzmarktthema als gemeinsame Orientierung der verschiedenen bereits begonnenen / in Planung befindlichen Projekten.

Stimmungsbild: Positiv

- Speziell Gruppenaktivierung zur Finanzmarktkrise

Stimmungsbild: Positiv

- Flyer zu den Finanzmärkten ähnlich wie zur Nahrungsmittelkrise erstellen

Stimmungsbild: Positiv

- Synergien finden mit potentiellen Bündnispartnern

(Diskussionsbeitrag, zu dem kein Stimmungsbild erstellt wurde)

- Krisenhaftigkeit des Kapitalismus: Handlungsorientierte Diskussion anstoßen, speziell in Richtung Krise des Sozialen

Stimmungsbild: Positiv

- Attac soll grundsätzlichere Systemkritik üben. Ort für solche Diskussions-/Konsensprozesse nötig (nicht AG Finanzmärkte): Vorschlag für eine offene Projekt-AG des Kokreises.

Stimmungsbild: Positiv

(Es wird angemerkt, dass eine solche AG bereits existiert)

- Es soll in diesem Sinne an einem breiten Bündnis gearbeitet werden und das diesbezügliche Angebot der Interventionistischen Linken wahrgenommen werden

Stimmungsbild: Positiv

(Es gefragt, was in deren Papier drin steht.)

- Erinnerung an das Projekt Türkeiwasser – Wasserkriege verbunden mit dem Appell, die Bedeutung des Themas Wasser zu durchdenken und zu verbreiten

- 60 Jahre Nato: Stark Mitmobilisieren. Forderung: Nato abschaffen

Stimmungsbild: Positiv

- Projektgruppe zum Thema „Nato abschaffen“ einrichten

Stimmungsbild: Positiv

- Camp bei Nato-Protesten organisieren

Stimmungsbild: Positiv

Gegenrede: Fragen müssten ausführlicher diskutiert werden

- Gegenvorschlag: AG Globalisierung und Krieg sollte den Auftrag bekommen, sich um die Anti-Nato-Mobilisierung zu kümmern.

Stimmungsbild: Negativ

- Weiterer Vorschlag: Ebenfalls eine offene Projektgruppe einrichten.

Stimmungsbild: knapp positiv

Anschließend wird dazu eine kontroverse Debatte geführt.

In der Debatte wird die Frage aufgeworfen, wie die Projektgruppe konkret aussehen soll. Was soll ihr Auftrag sein? Etwa die „Kontrolle“ der AGs?

Als Vorbild wird auf die Finanzmarktgruppe (Casino-Crew) verwiesen, die eine quasi offene Querschnittsgruppe sei, die sich speziell mit dem Thema Finanzmärkte beschäftigt. Mitglieder der AG dürften und sollten dort mitarbeiten.

Der Wunsch wird geäußert, dass ein möglicher Dissens zu der Frage, ob die Abschaffung der Nato gewünscht sei oder nicht, zuvor geklärt werde.

Es wird darauf hingewiesen, dass offene Schwerpunktgruppen für neue, am speziellen Thema Interessierte attraktiver seien als Fach-AGs und in der Regel auch mehr Positionen versammelten. Deshalb sei dort dann auch eine entsprechende Konsensfindung möglich.

Es wird der Wunsch geäußert, die Gremienautonomie und damit Arbeit von AGs zu respektieren und nicht durch eine einfache Abstimmung auszuhebeln.

Aber: Es gehe hier um ein Projekt von Attac D mit längerfristigem Horizont, das offen eingerichtet sei.

Die Arbeit der Nato solle differenziert betrachtet werden, es gäbe unterschiedliche Phasen.

Nach der Debatte werden folgende Entscheidungen getroffen:

- Einrichtung einer eigenen Projektgruppe zum Schwerpunkt Finanzmarktkrise
Entscheidung: Konsens

- Einrichtung einer eigenen Projektgruppe zum Schwerpunkt Nato-Gipfel
Entscheidung: Konsens

Anschließend werden weitere Anregungen vorgetragen und dazu teilweise Stimmungsbilder erstellt

- Attac-Homepage mit Datenbank für Flash-Mob-Aktivitäten einrichten

Stimmungsbild: Positiv

- Jemand appelliert, die Finanzmarktkrise erfordere von Attac mehr Alarmbereitschaft und Einsatz. Bündnisgespräche für Mobilisierung müssten anvisiert werden.
- Angesichts des vollen Jahresplans sollten wir uns auf einige Schwerpunkte beschränken, nicht alle politischen Ereignisse wahrnehmen (bzw. nicht in gleichem Maße)

- Auf dem Kapitalismuskongress solle mindestens ein Forum konkret zu Bündnisprozessen angeboten werden

Stimmungsbild: Neutral, leicht positiv

- Bundestagswahl als Schwerpunkt aufnehmen

Stimmungsbild: Neutral, leicht positiv

- Bildung und Erziehung könnten einerseits systemstabilisierend wirken, andererseits aber auch die Kritikfähigkeit fördern. Die Kritik des bestehenden Systems sollte auf dem Kapitalismuskongress behandelt werden. Konkret wird vorgeschlagen, einen Workshop dazu anzubieten.

Stimmungsbild: positiv

- Zu der Finanzmarktkrise wird vorgeschlagen, schnell politischen Druck zu entfalten, und konfrontativer vorzugehen; ein mögliches Motto könne sein: „Zocker sollen die Zeche selber zahlen“ (Verursacher zur Verantwortung ziehen statt Geld u.a. von den Sozialkassen abzuziehen). Schon für die nächsten zwei Wochen solle zu einer Aktion / Demo mobilisiert werden.

Dazu gibt es eine Gegenrede: Die Finanzmarktkrise sei kein Zockerproblem, diese sei eine unzulässige Vereinfachung und nicht Attac-gemäß. Die Kampagnen / Projektgruppen sollten Handlungsspielraum haben, deshalb sollen hier nicht einzelne Aktionen etc. diskutiert werden. Aktionismus sei nicht sinnvoll, lieber sollten fundierte Kritiken erarbeitet werden als publizistische Schnellschüsse verbreitet. Der systemische Charakter der Krise müsse beachtet werden, eine Fixierung auf die Verursacher reiche nicht. Ein Diskussionsprozess zu der Frage, welche Strukturen wir für die Zeit nach der Krise möchten, sei nötig.

Stimmungsbild zum Vorschlag, schnell nach Berlin zu mobilisieren: Positiv

- Es wird der Wunsch geäußert, dass die Aktivitäten zur Finanzmarktkrise die wesentlichen Attac-Aktivitäten sein müssten. Dazu sei ein gemeinsamer Bezug auch der anderen Attac-Themen und Aktivitäten auf die Finanzmarktkrise nötig. Diese sei bedeutsamer als bspw. die G8-Mobilisierung.

Dazu gibt es eine Gegenrede: Schwerpunktsetzung sei nicht Attac-gemäß, es solle weiterhin viele eigene unabhängig Projekte geben dürfen. Dazu sei auch keine weitere Diskussion nötig, da sich aktuell sowieso alle mit dem Thema sehr stark beschäftigen.

Die drei anderen Krisen sollten nicht vergessen werden, insbesondere nicht die Klimakrise

Stimmungsbild zu Finanzmarktkrise als wesentliche Attac-Aktivität: Positiv

- Es wird gefordert, einen Beschluss zu fassen, dass der Kokreis Kontakt zu Gewerkschaften und Kirchen aufnehmen solle.

- Als Alternativforderung wird vorgeschlagen: Schließt die Börsen, heute!
- Vorschlag: Krisenratschlag im Januar speziell zur Finanzmarktkrise, u.a. um Druck aus dem heutigen Ratschlag rauszunehmen.

Hierzu gibt es eine Gegenrede: Wir sollten das Thema weiter auf uns zukommen lassen. Für einen weiteren Ratschlag seine keine Ressourcen vorhanden.

Daraufhin wird der Vorschlag zurückgezogen

- Jemand wirft die Frage auf, wer in der Praxis zu Finanzmarktkrisen arbeiten wolle.

An dieser Stelle wird Kritik am Verfahren laut: Zu jedem Vorschlag sei auch Austausch nötig. Mindestens eine Gegenrede solle gehalten werde.

Als Gegenvorschlag wird gemacht: Weitermachen wie bisher und sich abschließend individuell noch mal eine Meinung zu den einzelnen Punkten bilden.

Abstimmung: Kritik wird angenommen.

Einige der Projekte werden daraufhin nochmals diskutiert, speziell zur Einrichtung der Projektgruppen zur Finanzmarktkrise und dem NATO-Geburtstag sowie dem Vorschlag eines Krisenratschlags und schnellen Mobilisierungen zur Finanzmarktkrise, es werden aber keine weiteren Beschlüsse dazu mehr gefasst

Anschließend werden einige in den Wochen zuvor schriftlich eingereichte Anträge beraten. Zuerst geht es um den Peter Klemm eingereichten Antrag, eine *Kampagne von Mehr Demokratie* zu unterstützen.

Mehr Demokratie unterstützen

Im Jahr 2009 wird Mehr-Demokratie mit einer Kampagne zum verbindlichen bundesweiten Recht auf Volksentscheid antreten.

Wenn Attac auf Krisen reagieren will, dann will auch die Bevölkerung auf Krisen reagieren.

Das Volk ist in einer Demokratie die entscheidende Kraft im politischen Spiel.

Die Bevölkerung braucht Entscheidungs- und Machthebel, um Politik und Gesellschaft gestalten zu können. Parteien zu wählen ist eine Möglichkeit des Souverän. Aber die Hauptsache für Demokratie fehlt seit einem halben Jahrhundert: Das uneingeschränkte Recht auf Abstimmungen und Volksentscheide.

Deshalb plädiere ich dafür, auf dem Ratschlag über die Schaffung des bundesweiten Volksentscheids als einem politischen Instrument der Bevölkerung zu diskutieren und eine Teilnahme an der Kampagne von Mehr Demokratie zu beschließen.

Um die große Nützlichkiet dieses Instruments zu verdeutlichen, möchte ich erinnern, dass die Mehrheit der Bevölkerung

- die Kriegseinsätze ablehnt
- die Privatisierungen ablehnt
- eine rechtzeitige, die Versorgung sichernde Energiewende wünscht
- den Umwelt- und Klimaschutz prioritär versteht.
- HartzIV, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeitverlängerung,

Dumpinglöhne, die Bolkesteinrichtlinie etc. ablehnt

Für die große Nützlichkeit von Volksentscheiden spricht unter anderem, dass in der Schweiz bisher sämtliche Vorhaben zur Privatisierung der Energieversorgung konkret abgelehnt wurden. Bei uns sähe es nicht anders aus.

Mit Gruß
Peter Klemm

Der Antrag wird von einem Mitglied von Mehr Demokratie vorgestellt und begründet. Er führt dabei aus, dass es vor allem darum gehe, dass das Logo von Attac auch auf den Flyern der Kampagne verwendet werden darf und sich interessierte Regionalgruppen beteiligen sollen.

Beschluss: Antrag im Konsens angenommen.

Anschließend wird das Thema *Klimaallianz* beraten. Dazu liegt ein Antrag von Adolf Rieckenberg vor.

Diskussion über den Verbleib von Attac in der Klimaallianz

Ich beantrage, dass auf dem Ratschlag darüber abgestimmt wird, ob Attac weiterhin in der Klimaallianz mitmacht.

Begründung:

Die Klimaallianz wurde mit einem Betrag von 500.000,-€ gekauft, darunter ein Investor der Atomlobby!

Ich bin der Auffassung, dass Attac in solch einem Bündnis nichts zu suchen hat, zumal der Einfluss von Attac darin auch nicht sonderlich groß ist.

Adolf Rieckenberg

Während der Diskussion werden die Vorwürfe noch einmal dahingehend präzisiert, dass die Klimaallianz von einem Hedgefonds unterstützt werden, der auch in die Atomindustrie investiert habe. Diese Verknüpfung sei für Attac nicht tragbar.

Der Koordinierungskreis informiert, dass es Attac durch KoKreis-Beschluss bereits aus der Klima-Allianz ausgestiegen sei.

Darauf hin wird der Antrag gestellt, den Beschluss des Kokreises durch ein Stimmungsbild des Ratschlags zu bestätigen

Dazu gibt es einen Gegenantrag, dass eine solche Abstimmung unnötig sei.

Der Gegenantrag wird angelehnt und zum Beschluss des Kokreises ein Stimmungsbild gemacht.

Das Stimmungsbild ergibt, dass es einen Konsens für eine Zustimmung zum KoKreis-Beschluss gibt.

Anschließend weist Marie-Dominique Vernhes daraufhin, dass der Antrag „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“ (Reader Seite 28) noch nicht behandelt worden sei. Die Moderation ist jedoch der Meinung, dass mit der Verabschiedung der Tagesordnung am Freitagabend der Antrag mit abgelehnt wurde, da nicht beschlossen wurde, „Zeit einzuräumen, um die unterschiedlichen Sichtweisen (...) zu diskutieren.“

Dem Antrag, gleich eine Debatte über die unterschiedlichen Sichtweisen zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu führen, wird bei der folgenden Abstimmung nicht stattgegeben.

Nach Widerspruch und Verfahrensdiskussion wird erneut ein konkretisierter Antrag zur Abstimmung gestellt: Am Sonntag soll eine halbe Stunde für diese Diskussion reserviert werden.

Dieser Antrag wird im Konsens angenommen und die Behandlung des Themas damit auf den morgigen Tag vertagt.

4. Wahl von Rat und KoKreis

Bevor mit dem eigentlichen Wahlvorgang begonnen wurde, waren noch zwei Formalia zu klären.

Zuerst gab es eine Diskussion darüber, ob es während des Wahlverfahren möglich sein soll, in Abwesenheit der Kandidaten über selbige zu diskutieren / Informationen einzuholen.

Beschluss: Im Konsens wurde festgelegt, dass dies nicht möglich sein soll.

Dann wird vorgeschlagen, dass Menschen ohne Mandat aus einer Regionalgruppe von der Regionalversammlung nachträglich ein Mandat erhalten können, das ihnen eine Kandidatur ermöglicht. Darüber solle in der beschließenden Regionalversammlung jeweils mit einfacher Mehrheit abgestimmt werden.

Als ergänzende Information wurde angemerkt, dass die bisherige Mandatsregel vor allem dazu dienen solle, dass die Regionalgruppe gegenüber dem Ratschlag versichert, dass der/die KandidatIn bekannt ist. Sie sollte aber nicht grundsätzlich vermeiden, dass jemand kandidiert, die/der bekannt ist und sich zur Wahl aufstellen möchte.

Beschluss: Vorschlag ist angenommen.

Die Regeländerung soll auch in das Regelwerk aufgenommen werden.

Wahlberechtigt waren nur die von ihren Regionalgruppen, Mitgliedsorganisationen und AGs ernannten Delegierten. Von den den Regionalgruppen zustehenden Plätzen musste jeweils mindestens die Hälfte mit Frauen besetzt werden.

Zunächst wurden die Mitglieder des KoKreises gewählt. Die Regionalgruppen wählten zunächst ihre VertreterInnen in den vier Regionalversammlungen für Nord, Süd, Ost und West und die Mitgliedsorganisationen ihre Vertreter in der Wahlversammlung der Mitgliedsorganisationen.

Diese Wahl brachte folgendes Ergebnis:

Gewählte KokreisvertreterInnen Regionalgruppe Nord:

Name	Stimmen
Jutta Sundermann	13/14
Sami Atwa	14/15

Gewählte KokreisvertreterInnen Regionalgruppe Ost:

Name	Stimmen
Deborah Ruggieri	9/10
René Zeiz	9/10

Gewählte KokreisvertreterInnen Regionalgruppe Süd:

Name	Stimmen
Johanna Schreiber	18/21
Hendrik Auhagen	13/21

Gewählte KokreisvertreterInnen Regionalgruppe West:

KoKreis-VertreterInnen Regionalgruppen West	Stimmen
Sabine Zimpel	36/41
Peter-Ulrich Peters	38/41

Gewählte KokreisvertreterInnen der Mitgliedsorganisationen:

KoKreis-VertreterInnen Mitgliedsorganisationen	Stimmen
Share e.V. (Stephan Schilling)	einstimmig
Weed e.V. (Pedram Shahyar)	einstimmig
Euromärsche (Hugo Braun)	einstimmig
-	
-	
-	

Drei der Kokreis-Plätze für Mitgliedsorganisationen blieben unbesetzt.

Anschließend versammelten sich wieder alle im Plenum, wo die Delegierten der Regionalgruppen gemeinsam die restlichen RegionalgruppenvertreterInnen wählten.

Diese Wahl brachte folgendes Ergebnis:

KoKreis-VertreterInnen Regionalgruppen Plenum	Stimmen
Kerstin Sack	76/90
Roland Süß	46/87
Alexis Passadakis	69/87
-	

Ein Frauen-Platz blieb unbesetzt.

Zum Schluss der KoKreiswahlen wählten die Delegierten die Verteter für die drei Plätze der bundesweiten Arbeitsgemeinschaften.

Diese Wahl brachte folgendes Ergebnis:

KoKreis-Vertreter bundesweite AGS	Stimmen
AG Finanzmärkte & Steuern (Detlev v. Larcher)	70/85
AG Globalisierung & Ökologie (Chris Methmann)	72/85
AG Lateinamerika (Steffen Stierle)	76/85

Die Mitgliedsorganisationen hatte Ihre Rats-Vertretung bereits unmittelbar nach der KoKreis-Vertretung gewählt. Diese Wahl brachte folgendes Ergebnis:

Rats-VertreterInnen Mitgliedsorganisationen	Stimmen
Ila (Werner Rätz)	einstimmig
BUND (Andreas Lathan)	einstimmig
BUND Jugend (Martin Schmelzer)	einstimmig
Evangelische Akademikerschaft (Peter Trappe)	einstimmig
Arbeitskreis Entwicklungspolitik Vlotho (Hermann Gendrisch)	einstimmig

Reformierter Bund (Martina Wasserlos-Strunk)	einstimmig
Grüne Jugend (N.N.)	einstimmig
Pax Christi (Matthias Bude)	einstimmig
Naturfreunde	einstimmig
Medico International (Thomas Seibert)	einstimmig
JungedemokratInnen / Junge Linke (Philipp Jacks)	einstimmig
Solid (Ben Brusniak)	einstimmig

Die Delegierten der Regionalgruppen wählten ihre Rats-VertreterInnen wieder in den vier Regionalversammlungen Nord, Ost, Süd und West.

Diese Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Rats-VertreterInnen Regionalgruppen Nord	Stimmen
Hanni Gramann	16/16
Ulrike Paschek	14/16
Marianne Wildberger	12/16
Andreas Beldowski	17/17
Thomas Löding	12/17
Jürgen Castendyk	10/17

Rats-VertreterInnen Regionalgruppen Ost	Stimmen
Dorothea Härlin	7/10
Lony Ackermann	5/10
Carl Waßmuth	9/10
Stephan Lindner	8/10
Andreas Schönherr	7/10
-	

Ein Frauen-Ratsplatz der Ost-Gruppen blieb unbesetzt.

Rats-VertreterInnen Regionalgruppen Süd	Stimmen
Christine Starzmann	16/18
Barbara Volhard	15/18
Sarah Gebhardt	17/18
Markus Rieg	19/19
Hagen Pfaff	17/19
Franz Eschbach	18/19

Rats-VertreterInnen Regionalgruppen West	Stimmen
Susanne Schäfer	30/37
Claudia Jetter	35/37
Hardy Krampertz	35/38
Roman Haug	36/38
Michael Seeland	33/38
-	

Ein Frauen-Ratsplatz der West-Gruppen blieb unbesetzt.

Zwischen den Wahlgängen fand das Abendessen statt. Der Tag klang nach der Wahl mit einer gemeinsamen Party aus.

Party und Schlafen

II. Sonntag, der 12. Oktober 2008

5. Haushalt

Wie vor jedem Herbstratschlag, auf dem der Haushalt für das nächste Jahr beschlossen wird, hatte am Freitagnachmittag ein Treffen stattgefunden, bei dem die Finanz AG des KoKreises Interessierten die aktuellen Haushaltlage und den von ihr vorgelegten Entwurf für den Haushalt des kommenden Jahres erläuterte. Außerdem waren hierzu auch alle Antragsteller von Finanzanträgen eingeladen, um gemeinsam einen Kompromiss zu finden, wie mit den vorhandenen Mitteln allen Wünschen bestmöglich Rechnung getragen werden kann. Die Ergebnisse der Beratungen dieses Treffens wurden bei Behandlung der entsprechenden Anträge jeweils kommuniziert.

Bei den Abstimmungen sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Haushaltbeschlüsse unterliegen nicht dem Konsensprinzip. Deshalb wird mit nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erläuterte Attacs ehrenamtlicher Finanzreferent Klaus Rainer Rupp den nach derzeitigem Stand zu erwartenden Haushaltsabschluss 2008 und den Haushaltsansatz für 2009.

Als erster Antrag wurde dann der auf Gruppenunterstützung aus Gruppenaktionstopf beraten. Das Vorhaben an sich wurde bereits am Vortag vorgestellt, weshalb der vollständige Antragstext auf den Seiten 11/12 dieses Protokolls zu finden ist. Hier nur nochmal der für die Finanzen relevante Teil:

Dieser Vorschlag ist in Büro-AG und Finanz-AG abgestimmt.

Wir bitten den Ratschlag, die notwendigen 16.000 Euro für ein Jahr aus dem Gruppenaktionstopf für unser Projekt zu bewilligen. Wir meinen, dass wir so die (Hälfte der) Mittel aus dem Gruppentopf sehr gezielt für die Gruppen und damit für die Lebendigkeit des gesamten Netzwerks Attac einsetzen. Die Entnahme von Geldern aus dem Gruppentopf ist zeitlich befristet für 2009 und sie treibt die Gesamtausgaben in unserem Haushalt nicht nach oben.

Zu dem Antrag gab es eine kontroverse Debatte. Dabei wurde der Einwand formuliert, Gruppen müssten doch vor allem selbst entstehen. Angeregt wurde, dass die Gruppenunterstützung doch auch durch die AGs mit finanziert werden sollten. Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, ob das Geld dann nicht für eigentlich wichtigere Dinge fehle.

Beschluss: Antrag angenommen

Dann wird darüber angestimmt, ob der von der Finanz AG vorgelegte Entwurf die Grundlage für die weitere Debatte sein soll. Dieser war im Vorfeld zusammen mit den Ratschlagsunterlagen verschickt worden und kann auf der Website unter http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/HHuC2009_V10.05.00.0000.pdf eingesehen werden.

Beschluss: Antrag angenommen

Als nächstes wird der Antrag der Rats-VG zum Rats-Etat behandelt.

Die Rats-VG beantragt, dass das Budget des Rates im kommenden Jahr auf dem Niveau von 2008 belassen wird und damit weiterhin 12.000 Euro beträgt. Als Gegenfinanzierung soll das geplante Defizit um 3.000 Euro erhöht werden.

Hintergrund ist die Behauptung der Rats-VG, dass die Kosten der Ratsarbeit bis 2006 gemessen am später tatsächlich ausgegebenen Geld viel zu niedrig angesetzt waren und erst mit dem Budget 2008 in Höhe von 12.000 € dem tatsächlichen Bedarf angemessen waren. Im aktuellen Haushaltsansatz seien aber wieder nur 9.000 € eingestellt worden, was viel zu wenig sei.

Es kommt zu einer kurzen Kontroverse, welche Kosten in der Vergangenheit überhaupt angefallen seien. Die Finanz-AG erklärt, dass sie auch mit den Kostenannahmen der Rats-VG leben könne.

Beschluss: Antrag angenommen

Anschließend wurde das Thema der Bezahlung von PraktikantInnen behandelt. Bereits auf dem vorangegangenen Frühjahrsratschlag hatte es angesichts eines Haushaltsüberschusses einen Spontanantrag gegeben, jeder/m PraktikantIn bei Attac ein Honorar von 300 € pro Monat zu bezahlen. Damals wurde der Antrag abgelehnt, verbunden mit dem Beschluss, ihn auf dem nächsten Ratschlag erneut zu behandeln, wenn die Finanz-AG dazu entsprechendes Zahlenmaterial vorlegen kann. Im Vorfeld war eine entsprechende Stellungnahme von Finanz- und Büro-AG verschickt worden, die unter <http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/ratschlag/aktuell/vorschlaege/praktikantinnen-bei-attac/> eingesehen werden kann.

Anschließend stellte Stephan Lindner einen Kompromiss vor, der auf dem Treffen am Freitagnachmittag zu Stande kam:

Für diesen Bereich werden 6.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ziel ist, jedem Praktikanten 300 Euro/ Monat zukommen zu lassen.

Beschluss: Antrag angenommen

Anschließend wurden die Änderungsanträge zu den Projektmitteln abgestimmt.

Die AG Genug für alle dürfe zusätzlich ihre in diesem Jahr nicht verbrauchten Mittel in das Jahr 2009 mitnehmen.

Beschluss: Antrag angenommen

Zur Bearbeitung des Themas Finanzkrise werden zusätzlich 20.000€ zur Verfügung gestellt.

Beschluss: Antrag angenommen

Sand im Getriebe soll 1.000€ statt 500€ erhalten, gegenfinanziert aus dem Etat der AG Ökologie.

Beschluss: Antrag abgelehnt

Sand im Getriebe soll 1.000€ statt 500€ erhalten, gegenfinanziert aus Topf Unvorhergesehenes.

Beschluss: Antrag angenommen

Die sich aus allen Änderungsanträgen ergebende Verteilung der Projekt- und AG-Mittel sieht wie folgt aus:

Projekt	beantragt	beschlossen	Anmerkung
noya-Festival	5.000,00 €	5.000,00 €	
Noya Campustour	8.000,00 €	4.000,00 €	
NATO-Mobilisierung	5.000,00 €	4.000,00 €	
AG Finanzmärkte	11.300,00 €	6.000,00 €	Der Rest wird aus dem HH2008 beglichen, weitere 2000€ finden sich in den AG Mitteln. Somit nur 300€ weniger als beantragt.
AG Internationales	6.000,00 €	2.000,00 €	4000€ sind schon im Haushalt eingestellt gewesen, unter dem Strich also volle 6000€
Türkei-Wasser	2.000,00 €	2.000,00 €	
Kapitalismuskongress	10.000,00 €	10.000,00 €	
McPlanet.com	5.000,00 €	5.000,00 €	
Sommerakademie	6.000,00 €	6.000,00 €	So günstig nur bei Zusammenlegung mit Frühjahrs-Ratschlag
Aktionsakademie	5.000,00 €	4.000,00 €	ging im letzten Jahr auch mit weniger
Bildungsproteste	2.300,00 €	0,00 €	Nicht ersichtlich, wer von Attac das trägt. Attac ist keine Stiftung, die für externe Projekte Geld vergeben kann.
G8 Mobilisierung	5.000,00 €	3.000,00 €	
Kopenhagen	3.000,00 €	2.000,00 €	ist erst im Dezember, eine Erhöhung des Etats ist später möglich
Agrarprojekt	3.000,00 €	3.000,00 €	
Europa-Vernetzung / Nachfolge ESU		2.000,00 €	
Lateinamerika Projekte		1.500,00 €	
Global Europe Konferenz	6.000,00 €	3.000,00 €	ist erst später im Jahr, Erhöhung später möglich
EU-AG (Flyer und BTW-Aktion)	2.850,00 €	700,00 €	plus AG-Etat; Anzahl Flyer erscheint uns sehr hoch, wenn einer fertig ist, dann zusätzliche Finanzierung möglich
Genug für alle	6.100,00 €	800,00 €	evt. Plus 500€ für Tagungsbeteiligung; Gruppentour wie immer aus dem gruppenaktionstopf; darf außerdem zusätzlich ihre 2008 nicht verbrauchten Mittel mit ins neue Jahr nehmen
Aktivitäten zur Finanzkrise		20.000,00 €	
Unvorhergesehenes		500 €	
Gesamt	91.550,00 €	84.500,00 €	

Verteilung der Projektmittel nach Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge

AG	beantragt	beschlossen	Anmerkung
AG Finanzmärkte und Steuern		2.000,00 €	
Sand im Getriebe	1.000,00€	1.000,00 €	
Gender-AG	1.000,00€	1.000,00 €	
AG WuW	2.000,00€	2.000,00 €	
AG Ökologie	1.000,00€	1.500,00 €	
EU-AG	1.000,00€	1.000,00 €	
AG GfA	1.000,00€	1.400,00 €	
Soziale Sicherungssysteme	500,00€	500,00 €	
Feminist Attac	1.000,00€	1.000 €	
Solidarische Ökonomie	1.000,00€	1.000 €	
Globalisierung und Krieg	1.000,00€	1.000 €	
Kultur	1.000,00€	1.000 €	
Bildung	1.000,00€	1.000 €	
Wiss. Beirat	1.000,00€	1.000 €	
Lateinamerika	1.000,00€	1.000 €	
Arbeit fair teilen	1.000,00€	1.000 €	
PG Attacademie	1.000,00€	1.000 €	
Datenschutz	1.000,00€	1.000 €	
Neue AG		100,00 €	
Geamt	17.500,00 €	20.500,00 €	

Verteilung der AG-Mittel nach Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge

Abstimmung über die sich aus dem Vorschlag der Finanz AG nach Einarbeitung der vorher beschlossenen Anträge ergebenden Zusammensetzung der Mittel für AGs und PGs

Beschluß: Antrag angenommen

Anschließend wird ein Antrag zur Deckelung der Kosten des geplanten Kapitalismuskongresses in behandelt.

Dieser Antrag bezieht sich auf die Konzeption des Kapitalismus-Kongresses vom 13.05.2008 - ein neuerer liegt mir nicht vor. Sollten sich die Finanzplanungen durch konkrete Zusagen (nicht durch Hoffnungen und Planungen) geändert haben, sollte das sicher in die Diskussion einfließen. Attac Berlin beantragt hiermit, den auf Attac D fallenden Anteil der Gesamtkosten auf die beschlossenen 20.000 Euro zu begrenzen.

Der Antragsteller kündigt an, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Eine Pro-Rede wird nicht gehalten.

Beschluss: Antrag abgelehnt

Der Antrag zu einer Kostenbeteiligung an einer Tagung des ÜbersetzerInnennetzwerks Coorditrad in Höhe von 3.000 € (Seite 44 des Readers) , der von der Finanzkommission nicht berücksichtigt worden war, kommt zur Abstimmung. Dieser Antrag wird auch von der AG Internationales unterstützt.

Attac D beteiligt sich an der Tagung von Coorditrad in Höhe von 3.000€.

Beschluss: Antrag angenommen

Der endgültige Haushalt kann demnächst unter <http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/finanzen/> heruntergeladen werden.

Anschließend wird der sich durch die vorher angenommenen Änderungsanträge ergebende Gesamthaushalt zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Haushalt mit den vorher angenommenen Änderungsanträgen angenommen.

6. Sonstiges

Julia Bär, die bei der Vorbereitung des Kapitalismuskongresses mitarbeitet, stellt zunächst den derzeitigen Planungs- und Vorbereitungsstand für den Kongress vor.

Anschließend wird ein vom AK Arbeit und Soziales von Attac München eingebrachter Initiativantrag behandelt, Attac Deutschland möge sich der *Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV* anschließen. Der Antrag wird von Edgar Schu vom Aktionsbündnis Sozialproteste eingebracht, der darauf hinweist, dass man sich über die Bündnisplattform im Internet unter <http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de> informieren kann. Derzeit geht es dabei vor allem um die sofortige Rücknahme von Kürzungen bei Schulkindern. Als Unterstützungsform wird eine idealee Unterstützung durch Verwendung des Attac-Logos gewünscht.

Attac D möge sich der Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV anschließen.

Beschluss: Antrag im Konsens angenommen

Anschließend wird die Zeit genutzt, um einige Veranstaltungen und Termine bekannt zu machen. Als erstes stellt Viviana Uriona von der AG Lateinamerika den geplanten Lateinamerika vor.

Attac-Lateinamerikakongress 31.10. - 2.11.2008

OrganisatorInnen des Kongresses

Der Kongress wird organisiert von der Attac-AG Lateinamerika und eine tolle Truppe von Helfer und Helferinnen

Zeit und Ort

Der Kongress findet vom 31.10. bis 2.11. in Mannheim statt. Veranstaltungsort ist die Freie Waldorfschule.

Was wollen wir dort machen? Inhaltlich zusammengefasst

Während des Kongresses werden sich Vertreterinnen und Vertreter von Attac, NGOs, aus Wissenschaft und Politik sowie verschiedenen Initiativen und Basis-Gruppen aus Lateinamerika und Europa mit aktuellen Entwicklungen in Lateinamerika und die dort bestehenden bzw. diskutierten Alternativen zum Neoliberalismus beschäftigen.

Der Kongress soll

- Öffentlichkeit für diese Themen herstellen,
- einen Austausch zwischen VertreterInnen aus Lateinamerika und Deutschland/Europa ermöglichen,
- ein Forum bieten für die Darstellung und Diskussion von Alternativen zum Neoliberalismus und von Konflikten, die sich in diesem Zusammenhang in Lateinamerika ergeben,
- Aktivitäten von sozialen Bewegungen und Regierungen aufzeigen,
- sowie auch Interessierte aktivieren und Räume zur Vernetzung und zur Diskussion der Perspektiven der weiteren Arbeit eröffnen.

Neben zahlreichen inhaltlichen Workshops, Seminaren und Podien wird es auch Vernetzungstreffen, Raum zur Diskussion und ein kulturelles Rahmenprogramm – Konzert, Party, Filme – geben.

Hintergrund des Vorhabens oder warum wollen wir so einen Kongress gestalten?

In den vergangenen Jahren ist in Lateinamerika viel in Bewegung geraten.

Ansätze partizipativer Demokratie wie die neuen Verfassungen und partizipative Haushalte, Projekte Solidarischer Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Alternative Medien wie Basisradios und der Fernsehsender TeleSur, die Rücknahme von Privatisierungen, Landreformen, Bildungs- und Gesundheitsreformen zum Wohle der Bevölkerung, neue Wege ökologischer Nachhaltigkeit, internationale, emanzipatorische Projekte wie ALBA (Bolivarianische Alternative für die Amerikas) und die Bank des Südens, die Alternativen zu Freihandel und globalen Institutionen wie IWF und Weltbank darstellen, sind auch das Ergebnis der vielfältigen Aktivitäten sozialer Bewegungen und haben diesen gleichzeitig neuen Auftrieb gegeben.

Entsprechend hat sich auch die Solidaritätsarbeit in Deutschland in Richtung einer Solidarität als „Zweibahnstraße“ verändert, in der es nicht mehr nur darum geht, die Bewegungen in Lateinamerika zu unterstützen, sondern auch darum, von den neuen Wegen, die dort gegangen werden, zu lernen für unsere Auseinandersetzungen und Kämpfe hier.

Mit diesen Entwicklungen und Erfahrungen werden wir uns auf dem Kongress beschäftigen.

Ziele oder wo wollen wir hin?

Mit dem Kongress verfolgend wir folgende Ziele:

- *Öffentlichkeit herstellen*
- *Austausch zwischen VertreterInnen aus Lateinamerika und Deutschland/Europa*
- *Darstellung und Diskussion von Alternativen*
- *Darstellung und Diskussion von Konflikten*
- *Aufzeigen der Aktivitäten von sozialen Bewegungen und Regierungen*
- *Aktivierung von Interessierten*
- *Vernetzung und Diskussion von Perspektiven der weiteren Arbeit*

Programmstruktur

Der Kongress beginnt am Fr. Abend mit einem :

Freitag, 31. Oktober

18:00 Uhr: Anmeldung und Abendessen

19:00 Uhr: Auftaktrede "Aktuelle Entwicklungen und Konflikte in Lateinamerika"

Leo Gabriel

19:30 Uhr: Auftaktpodium "Constituyentes - Revolution durch Verfassung"

TeilnehmerInnen: Silvia Lazarte (Präsidentin der verfassungsgebenden Versammlung in Bolivien), Horacio Sevilla Borja (Botschafter Ecuadors in Deutschland), Regina Viotto (Juristin, Uni Bielefeld), Sven Giegold (Attac, Moderation)

21:30 Uhr: Kulturprogramm

Musiklesung "Seltsame Zeiten"

60-90 Minuten lateinamerikanische Lieder und eigene Texte über Gegensätze und Wunder dieser Zeiten. Mit: Isabel Liphay

Buchvorstellung "Nachbeben. Chile zwischen Pinochet und Zukunft"

In dem Buch von Boris Schöppner geht es sowohl um die Erfahrungen der Kämpfer der Vergangenheit als auch um die sozialen Kämpfe heute.

Samstag, 1. November

8.30 Uhr Frühstück

9.30 Uhr: Vormittagsseminare

Es werden zehn Vormittagsseminare stattfinden, in denen Hintergrundwissen für AnfängerInnen und Fortgeschrittene vermittelt wird.

12.30 Uhr: Pause und Mittagessen

14.00 Uhr: Vier Foren

Forum 1: Soziales Eigentum

TeilnehmerInnen: Dario Machado (Professor, Cuba), Cristian Horton (CTA, Argentinien), Manuel Campos (IG Metall), Kerstin Sack (Attac, Moderation)

Forum 2: Ökonomische Süd-Süd-Kooperation

TeilnehmerInnen: Blancanieve Portocarrero (Botschafterin Venezuelas in Deutschland), Jürgen Kaiser (erlassjahr.de), Raul Claro (Attac Chile), Katharina Löber (Attac, Moderation)

Forum 3: Klima und Energie

TeilnehmerInnen: José Rigane (CTA, Argentinien), Luz Maria Contreras Velázquez (Wissenschaftlerin, Cuba), Sandra Rasch (Inkota), Dr. Carlos Larrea (Initiative "ITT-Yasuni" zur Nichtförderung von Erdöl, Ecuador), Marco Rieckmann (Attac, Moderation)

Forum 4: Alternative Medien

TeilnehmerInnen: Harald Neuber (Journalist, Moderation), Viviana Uriona (Attac), Ekkehard Sieker (Journalist), Walter Prudencio Magne (Botschafter Boliviens in Deutschland)

16.00 Uhr: Pause

16.30 Uhr: Workshops

In den Workshops wird der Fokus auf den Alternativen liegen. Außerdem sollen die Diskussionen aus den Foren vertieft werden. Detailinfos folgen.

18.30 Uhr: Pause und Abendessen

20.00 Uhr: Konzert und Party

Zunächst gibt es ein Konzert der globalisierungskritischen Latin@-Band Papa Verde. Anschließend folgt eine Party bei der das DJ-Kollektiv Lucha Amada sich um die Musik kümmert.

Sonntag, 2. November

9.30 Uhr: Vernetzungstreffen

Hier wird es Raum für Aktive und Interessierte geben, sich zu verschiedenen Projekten und Vorhaben auszutauschen.

12.00 Uhr: Abschlusspodium

TeilnehmerInnen aus Lateinamerika und Europa ziehen gemeinsam ein Fazit aus dem Kongress.

Auf Grund der Knappe Zeit ist das selbstverständlich eine sehr kurze Darstellung des Kongresses. Mehr Informationen findet ihr unter www.attac.de/lateinamerika-kongress Dort findet ihr auch die Anmeldebogen.

Wir möchten euch, auch wenn das schon bald ist, euch anzumelden und auch noch uns bekannt zu machen, ob ihr als HelferInnen für diese 2 Tage zur Verfügung steht. Auch wenn alles hervorragend aussieht, brauchen wir Unterstützung.

Anschließend weist Matthias Breuer von Attac Braunschweig auf eine geplante Bundeskonferenz zum Erhalt des öffentlichen Eigentums hin.

Danach wirbt Jutta Sundermann für eine Beteiligung an Protesten gegen weitere Castor-Transporte im Wendland. Als Hintergrundinfo verweist dabei insbesondere auf das Comeback der Atomenergie durch die bei den G8-Treffen geführten Diskussionen. Ein Aufruf sei auch auf der Attac-Homepage zu finden.

Anschließend wurden die Ergebnisse der Konsensgruppe vom Vortag zur Zusammenlegung von Frühjahrsratschlag und Sommerakademie vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, die Veranstaltung einen Tag länger als üblich dauern zu lassen und nach Möglichkeit vom 4. bis 9. August in Karlsruhe stattfinden zu lassen. Attac Karlsruhe ist bereit, die Veranstaltung wieder zu organisieren. Der Beginn wäre dann ein Dienstag und der Ratschlag würde am Samstag und Sonntag stattfinden. Aus dem Plenum wird darauf hingewiesen, dass der Termin im August sehr spät sei und früher besser wäre.

Beschluss: Der von der Konsensgruppe erarbeitete Vorschlag wird im Konsens angenommen.

Im Anschluss daran wird der in der Zwischenzeit fertig gestellte Entwurf für eine Erklärung zur Finanzmarktkrise beraten. Die Erklärung beinhaltet auch einen Aufruf zu einer Protestkundgebung am Weltspartag als Auftaktmobilisierung. Sie wird von Stephan Schilling vorgestellt:

Das Finanz-Casino schließen!

Erklärung des Attac-Ratschlags am 12. Oktober 2008

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz. Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um eine reine Finanzkrise - wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise und mitten in einer tiefen sozialen und gesellschaftlichen Krise. Aktuell zeigt sich das krisenhafte kapitalistische System wieder einmal als unbeherrschbar. Diese Krise ist keine Naturkatastrophe. Vordergründig ist sie die Folge des Platzens der Immobilienblase in den USA und des Zusammenbruchs der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben. Doch ist sie eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. Sie ist Folge der globalen Ungleichgewichte, die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft haben. Sie ist begründet in einer Politik, die bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. Und sie ist die Folge der Umverteilung von unten nach oben, die überhaupt erst diese Art der Konzentration von Vermögen ermöglicht hat.

Über eine Billion Dollar mussten von den Banken bereits abgeschrieben werden, die Investmentbanken sind vom Erdboden verschwunden, das restliche Bankensystem ist tief erschüttert. Weltweit fallen die Aktienkurse. Aber die wahren Betroffenen sind andere. Es sind unzählige AmerikanerInnen, die ihre Häuser oder Renten verloren haben. Es sind Millionen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt, die ihren Job verlieren werden. Es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die durch die drohende Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden. Und es ist die ganze Gesellschaft, die gigantische Summen in die Rettung von Banken stecken muss, während für das öffentlich Notwendige weiter das Geld fehlen wird.

Das endgültige Ausmaß der Krise ist noch immer nicht klar. Aber schon jetzt ist klar: Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel. Wir dürfen die Politik nicht damit davon kommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. Es ist Zeit für eine Wende. Die Menschen sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst. Die Chance ist jetzt da, den Finanzmarktkapitalismus zu Grabe zu tragen! Dafür wird Attac mit allen Bündnispartnern für eine gesellschaftliche Bewegung mobilisieren.

Wir fordern:

Die Verursacher müssen zahlen!

Überall werfen derzeit die Regierungen das Geld der Steuerzahler den Banken in den Rachen, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Banken entmachten!

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden. Finanzmärkte kontrollieren - ihre Macht brechen Die Politik der letzten Dekaden hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte fernab jeglicher Kontrolle entfalten konnten. Die Entstehung eines Schattenbankensystems wurde nicht verhindert, der Entstehung neuer, gefährlicher Finanzinstrumente tatenlos zugesehen. Attac fordert, das Schattenbankensystem aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren muss verboten werden. Ein Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen) wollen wir Spekulation reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte schwächen. Neben diesen Maßnahmen müssen die Finanzmärkte durch eine radikale Umverteilung geschrumpft werden.

Steueroasen schließen

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden. Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen! Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden, und allein aus Gemeinwohlinteresse betrieben werden. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfond und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen hat, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Während die Politik den Banken hilft, bleibt sie tatenlos, was die Folgen der Krisen für die Menschen betrifft. Wir fordern ein energisches Eingreifen, ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern.

Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen. Diese Forderungen sind deshalb nur einen Anfang - ein Startschuss für einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln wollen.

In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir die Öffentlichkeit für eine andere Politik mobilisieren. Zum Auftakt ruft Attac zu einer Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober um 17 Uhr auf. Unter dem Motto "Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen" werden wir Steinbrück auf die Pelle rücken.

Werner Rätz ergänzt, dass es sich bei der Erklärung nicht um eine Grundsatzklärung handle, sondern darum gehe, eine Mobilisierungsabsicht zu äußern.

In der Diskussion des Textes im Plenum werden folgende Punkte angesprochen:

- Es solle besser von Protestaktion statt von Protestkundgebung gesprochen werden, das sei nicht so groß dimensioniert.
- Es fehle eine Forderung nach Aufhebung des Bankgeheimnisses.
- Eine Forderung nach Kapitalverkehrskontrollen solle aufgenommen werden.
- Ein Hinweis auf die EU-Verfassung fehle.
- Die Erwähnung des Gesundheitsfonds passe nicht neben die Privatisierung der Bahn.

Außerdem wird an alle RatschlagsteilnehmerInnen appelliert, sich an der Protestaktion vor dem Bundesfinanzministerium zu beteiligen.

Beschluss: Der Text wird ohne Änderungen angenommen und damit auch die Mobilisierung zu Protesten vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin beschlossen.

Anschließend findet die am Vortag beschlossene Diskussion über den Afghanistankrieg statt. Pedram Shahyar (KoKreis) gibt mit einem Input eine Einführung in die bisherigen Diskussionsprozesse dazu bei Attac. Ein weiterer Input kommt von Marie-Dominique Vernhes (AG Palästina von Attac Hamburg und Redaktion Sand im Getriebe).

Input von Marie-Dominique Vernhes (AG Palästina von Attac Hamburg und Redaktion Sand im Getriebe):

1. Es geht beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan NICHT um den Schutz der afghanischen Bevölkerung:

- a) Die Ziele sind geostrategischer Natur:
- M. Massarrat, Sand im Getriebe (SiG) Nr 61, Seite 24 „ISAF und Enduring Freedom sind beide Bestandteile einer US-Gesamt-Strategie nicht nur für Afghanistan, sondern für die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens“ <http://sandimgetriebe.attac.at/6093.html>
- C. Ronnefeldt, „Am 26.11.1992 erließ der Bundesminister der Verteidigung die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, in denen es heißt:
„... Dabei lässt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“. SiG67, S.19 <http://sandimgetriebe.attac.at/6661.html>
Weitere Ausführungen in
- L. Henken: Was will die NATO in Georgien und in Afghanistan? <http://sandimgetriebe.attac.at/6743.html>
- B. Riexinger, SiG69, S. 33 <http://sandimgetriebe.attac.at/6822.html>
- S. auch die Beiträge auf dem Afghanistan-Kongress im Juni 2008: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/kongress5.html#6>
- b) .Die Menschen in Afghanistan leiden erheblich unter dem Krieg, S. Riexinger, SiG69, S. 33
Eine vernichtende Bilanz zieht der Aufruf „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“, S. SiG66, S. 28, <http://sandimgetriebe.attac.at/6578.html>
Insbesondere die Lage der Frauen, die öfter als Begründung für die militärischen Einsätze herangezogen wird, hat sich sehr verschlechtert, S. Malalai Joya, SiG61, S. 18 <http://sandimgetriebe.attac.at/6093.html>
- c) Die ISAF-Truppen schützen NICHT den zivilen Wiederaufbau. Zivile Hilfsorganisationen fordern eine strikte Neutralität (Andreas Buro, Peter Strutynski, SiG61, S.21 und 22, <http://sandimgetriebe.attac.at/6093.html>)
Monty Schädel: „Entwicklungshilfe ist nur ohne Militär möglich. Soldaten sind nicht unparteiisch und zum Gebrauch an Waffen ausgebildet. Verschiedene NGO wie »medico international« zogen sich aus Afghanistan zurück, weil zivile Helfer oft als verlängerter NATO-Arm angesehen werden und gefährdet waren.
Medico international hatte 2001 mit einem Aufruf, der von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern aus aller Welt, darunter zahlreichen Nobelpreisträgern, unterzeichnet wurde, gegen den Krieg und die Bombardierungen in Afghanistan

protestiert. Weil politische Veränderungen »von unten« kommen müssen, forderten wir mit unseren afghanischen Partnern eine entschlossene politische Auseinandersetzung mit den Taliban, so wie das Apartheidregime Südafrikas nicht militärisch, sondern politisch in die Knie gezwungen wurde.“ (SiG68, S. <http://sandimgetriebe.attac.at/6747.html>)

2. **Es gibt keine andere Lösung für die afghanische Bevölkerung als einen sofortigen Abzug der ausländischen Truppen.**
Tariq Ali: „das Beste ist, wenn alle NATO-Truppen sofort abgezogen werden. Die vernünftigste Lösung ist dann, wenn die regionalen Mächte zusammengebracht werden, um eine stabile Regierung zu ermöglichen: Pakistan, das für die Taliban spricht; Iran, das für die Völker im Gebiet von Herat spricht; Russland, das für die Völker Zentralasiens im Norden spricht; und Indien, das eine Großmacht in der Region ist. Alle diese Mächte zusammen können eine stabile Regierung in Afghanistan garantieren, eine repräsentative Regierung, die die Bedingung für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung schafft, die die einzige Institution ist, die die Zukunft Afghanistans bestimmen kann.“

Wer für eine mittelfristige Exit-Strategie u. a. der deutschen Truppen plädiert, hegt immer noch die Hoffnung, dass die dort eingesetzten Truppen plötzlich mutieren könnten. „Die NATO-Truppen in Afghanistan – und dazu gehören auch die deutschen Truppen –, können nicht per Federstrich von Aggressoren zu „Friedensstiftern“ mutieren. Sie dürfen also von einer sich ernst nehmenden UNO niemals beauftragt werden, für die Sicherheit der Bevölkerung in Afghanistan zu „sorgen“. Dieser Grundsatz sollte übrigens allgemein auf die Länder erweitert werden, die wirtschaftliche oder geopolitische Interessen an Afghanistan haben. (M.D. Vernhes, SiG68)

3. Ich hoffe, dass innerhalb von attac die Position, die auch verdi vertritt, eine breite Mehrheit finden wird: „Der Bundeskongress beschließt: ver.di spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus und fordert die Bundesregierung auf, alle deutschen Truppen unverzüglich zurückzuziehen und den deutschen Beitrag auf ausschließlich zivile Zwecke zu beschränken“ (SiG68, S.32, <http://sandimgetriebe.attac.at/6745.html>)
DIESE POSITION ENTSPRICHT UNSEREM KONSENS VON 2002 („Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab“, aus der Grundsatzerklärung).
Darüber hinaus müssen wir eine Wiedergutmachung für die immensen Zerstörungen der afghanischen Gesellschaft fordern, die „den demokratischen und unabhängigen Institutionen“ (Malalai Joya, SiG61, S. 19) zu leisten wäre und auch denjenigen, die sich vor evtl. Angriffe fürchten, ohne wenn und aber Asyl gewähren.

Die Diskussion beginnt mit einem Kommentar von Werner Rätz, der darauf hinweist, dass es für eine Exit-Strategie derzeit keinen realpolitischen Träger gäbe. Daher bestünden nur die Optionen Fortführung des Krieges oder sofortiger Abzug. Auch letzteres sei mit sehr viel Leid und Gemetzel verbunden. Daher sei die einzig sinnvolle Position, die Forderung nach Abzug damit zu verbinden, dass auch freies Asyl angeboten werde.

Anschließend wurden die verschiedenen Aspekte des Umgangs mit dem Afghanistankrieg und die Argumente für und gegen eine Exit-Strategie noch einige Zeit kontrovers weiter diskutiert, ohne dass dazu Meinungsbilder eingeholt oder Beschlüsse gefasst wurden.

Zum Abschluss des Ratschlags informierte Gerold Korbus noch darüber, dass die Webseiten von Attac mit Google-Analytics ausgewertet würden. Er appellierte an alle Ratschlagsmitglieder, sich dazu eine Meinung zu bilden.

Damit endete der offizielle Teil des Ratschlags pünktlich zur Mittagspause. Nach dem Mittagessen tagten noch zahlreiche Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichsten Themen.